



24. Februar 2022

Krise am Schweinemarkt

Hessischer Bauernverband stellt Forderungen an Marktpartner und die Politik

Unsere Schweinehalter leiden seit fast zwei Jahren unter ruinösen Erzeugerpreisen und schreiben tiefrote Zahlen. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand und wissen nicht, wie es weitergehen soll. 2021 ist die Zahl der in Hessen gehaltenen Schweine im Vergleich zu 2020 um 13,8 Prozent gesunken. Bei den Sauen gab es sogar ein Minus von 14,7 Prozent. Nur drei Zehntel des in Hessen verzehrten Schweinefleisches kommen aus heimischer Erzeugung.

Wie soll angesichts dieser dramatischen Entwicklung die von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern gewünschte regionale Versorgung mit Schweinefleisch in unserem Bundesland sichergestellt werden?

Es besteht ein dringender Handlungsbedarf. Der Hessische Bauernverband stellt deshalb folgende Forderungen:

Forderungen an Marktpartner:

- Klares Bekenntnis des Lebensmitteleinzelhandels zur heimischen Landwirtschaft über das 5D-Modell, auch von Schlachtbetrieben, Verarbeitungsunternehmen, Großhandel, Großverbrauchern und der Gastronomie durch eine entsprechende Einkaufs- und Preispolitik,
- höhere Qualitäts- und Erzeugungsstandards verlässlich und in vollem Umfang bezahlen,
- Margengerechtigkeit herstellen, Tierhalter müssen von höheren Einnahmen an der Ladentheke partizipieren,
- konsequente Herkunfts- und Haltungskennzeichnung, nicht nur von Frischfleisch, sondern aller Fleischwaren,
- langfristige und verlässliche Verträge mit angemessenen Basispreisen und Abnahmegarantien mit Erzeugern abschließen,
- fairer Umgang innerhalb der Lieferkette, wie von der Zentrale Koordination Handel-Landwirtschaft angedacht,
- Vermarktungskonzepte, Preismodelle und Marketingstrategien gemeinsam entwickeln.

Forderungen an die Politik:

- Schnelle und vollständige Umsetzung der Empfehlungen des Kompetenznetzwerks-Nutztierhaltung mit verlässlicher Finanzierung (Vorschläge der Borchert-Kommission),
- Einführung einer verbindlichen Herkunfts- und Haltungskennzeichnung, am besten EU-weit,
- notwendige Änderungen im Bau- und Genehmigungsrecht zum Bau von „Tierwohl-Ställen“ jetzt endlich in Angriff nehmen.
- Gleichstellung der Schlachtbranche im Sozialversicherungsrecht mit anderen Wirtschaftszweigen.
- Unsere Betriebe brauchen Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven.